



---

## **Ausschuss für Umweltschutz und Raumordnung**

43. Sitzung (öffentlich)

5. Mai 2004

Düsseldorf - Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 15:35 Uhr

Vorsitz: Klaus Strehl (SPD)

Stenografin: Dr. Hildegard Müller

<b>Verhandlungspunkte und Ergebnisse:</b>	<b>Seite</b>
<b>1 Braunkohlenplan Inden II, Sachlicher Teilabschnitt Umsiedlung Pier</b> Vorlage 13/2780	<b>1</b>
Das Benehmen wird hergestellt.	
<b>2 Entwurf einer "Verordnung zu Regionalen Flächennutzungsplänen nach § 10 a Landesplanungsgesetz"</b> Vorlage 13/2804	<b>2</b>
Das Einvernehmen wird mit den Stimmen von SPD und Grünen gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung der FDP hergestellt.	

- 3 Entwurf einer Verordnung zur Regelung von Zuständigkeiten für die Zulassung, Überwachung sowie Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten bei Vorhaben nach § 20 in Verbindung mit Anlage 1 Nr. 19.3 bis 19.9 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung - UVPG - sowie für den Vollzug der Verordnung über Rohrfernleitungsanlagen - Rohrfernleitungsverordnung - und zur Änderung der Zweiten Verordnung über die Bestimmung besonderer Vollzugsbehörden**

Vorlage 13/2735

6

Der Umweltausschuss hat keine Einwendungen gegen die Verordnung vorzubringen.

- 4 NRW braucht Tempo;  
FFH heißt auch: Freie Fahrt auf Hauptwasserstraßen.  
Für den Fall einer geplanten FFH-Ausweisung am und im Rhein den umweltfreundlichen Transportweg "Wasserstraße Rhein" sichern.**

Antrag der Fraktion der FDP  
Drucksache 13/4444

Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

4

Der erste Absatz des Antrags wird für erledigt erklärt.

Der so modifizierte Antrag wird mit den Stimmen von SPD und Grünen gegen die Stimmen von CDU und FDP abgelehnt.

- 5 Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie 2000/59/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27.11.2000 über Hafenauffangeinrichtungen für Schiffsabfälle und Ladungsrückstände für das Land Nordrhein-Westfalen - Landes-Hafenentsorgungsgesetz**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 13/4579

Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

8

Der Gesetzentwurf wird einstimmig angenommen.

**6 Getrennte Sammlung von Wertstoffen des Hausmülls ergebnisoffen prüfen**

Antrag der Fraktion der SPD  
der Fraktion der CDU  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 13/5194

Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen 9

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

**7 Erstes Gesetz zur Befristung des Landesrechts Nordrhein-Westfalen**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 13/4868

Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen 10

Der Gesetzentwurf wird einstimmig angenommen.

**8 Wettbewerbsfähigkeit der NRW-Chemie darf nicht gefährdet werden - Erhebliche Nachbesserungen an neuer Chemikalien-Verordnung unabdingbar!**

Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 13/5003

Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen 10

Der Antrag wird mit den Stimmen von SPD und Grünen gegen die Stimmen von CDU und FDP abgelehnt.

**9 Geplantes Kompetenzzentrum Abfall in Lünen**

Vorlage 13/2748

Zu TOP 10 gibt es keine Wortmeldungen.

**10 Gemeinsame Studien von MUNLV und Städtetag NRW: Ergebnisse der Studien zur Reduzierung von Verkehrslärm und Abgasen als wichtiger Beitrag zur Verbesserung der Lebensqualität in den Städten**

Der Bericht der Ministerin, erbeten von Bündnis 90/Die Grünen, wird mit Vorlage 13/2811 gegeben.

**11 Ozonkonzentration im Sommer 2003: Bewertung/Information/Maßnahmen**

-

Die Landesregierung berichtet mit Vorlage 13/2805.

**12 Ursachen und Auswirkungen des Flächenverbrauchs und Instrumente zur Begrenzung des Flächenverbrauchs**

13

Ministerin Bärbel Höhn erstattet den von der CDU erbetenen Bericht.

Ein in der Landesregierung abgestimmter Bericht wird folgen, der Grundlage für die weitere Diskussion sein wird.

**13 Belastungen der Umweltverwaltung durch eine Ausbildungsplatzabgabe?**

16

Die Ministerin erstattet den von der FDP-Fraktion erbetenen Bericht.

**Nächste Sitzung:** 22. Juni 2004

\*\*\*\*\*

Ausschuss für Umweltschutz und Raumordnung  
43. Sitzung (öffentlich)

05.05.2004  
mr-ke

**Ministerin Bärbel Höhn** hält es aus zwei Gründen nicht für nötig, Absatz 2 des FDP-Antrags zuzustimmen:

Erstens. Es liege eine Kabinettsentscheidung vor, wie man verfahren wolle.

Zweitens. Es bedürfe keiner Aufforderung an die Landesregierung, weil diese schon lange tätig geworden sei. Alle Betroffenen wüssten Bescheid, und auch die Abgeordneten seien zumindest im Landwirtschaftsausschuss im Zusammenhang mit der Zoo-Richtlinie auf eine mögliche Änderung des Landschaftsschutzgesetzes, wie sie StS Hennerkes gerade erläutert habe, hingewiesen worden.

**Holger Ellerbrock (FDP)** bleibt bei seiner Bitte, über Absatz 2 des FDP-Antrags eine Abstimmung durchzuführen.

**Abstimmungsergebnis** siehe **Beschlussprotokoll**.

**5 Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie 2000/59/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27.11.2000 über Hafenauffangeinrichtungen für Schiffsabfälle und Ladungsrückstände für das Land Nordrhein-Westfalen - Landes-Hafenentsorgungsgesetz**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 13/4579

Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

**Vorsitzender Klaus Strehl** teilt mit, dieser Gesetzentwurf sei vom Plenum am 21. November 2003 an den Ausschuss für Umweltschutz und Raumordnung - federführend -, den Haushalts- und Finanzausschuss, den Ausschuss für Kommunalpolitik und den Verkehrsausschuss zur Mitberatung überwiesen worden.

Die genannten Ausschüsse - der Verkehrsausschuss am 18. Dezember 2003, der Ausschuss für Kommunalpolitik am 4. Februar 2004 sowie der Haushalts- und Finanzausschuss am 4. März 2004 - hätten dem Gesetzentwurf jeweils einstimmig zugestimmt.

**Holger Ellerbrock (FDP)** spricht die Frage der Bundeszuständigkeit an. Außerdem werde seit Jahrzehnten das System der Bilgenentölungsgesellschaft erfolgreich praktiziert.

Wenn man der Hafenschifffahrt Sicherheit geben wolle - so **Ministerin Bärbel Höhn** -, müsse dieses Gesetz beschlossen werden. Wenn EU-Richtlinien nicht umgesetzt würden, griffen Vertragsverletzungsverfahren. Die Bilgenentölung betreffe nur einen Teilbereich; hier gehe es um sämtliche Rückstände in Häfen. Die Hafenwirtschaft warte händingend auf die Umsetzung dieses Gesetzentwurfs, damit sie endlich Rechtssicherheit habe.

Ausschuss für Umweltschutz und Raumordnung  
43. Sitzung (öffentlich)

05.05.2004  
mr-ke

**Vorsitzender Klaus Strehl** ergänzt, die Umsetzung in Landesrecht sei nach Art. 72 Abs. 1 Grundgesetz erforderlich.

**Abstimmungsergebnis siehe Beschlussprotokoll.**

## **6 Getrennte Sammlung von Wertstoffen des Hausmülls ergebnisoffen prüfen**

Antrag der Fraktion der SPD  
der Fraktion der CDU  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 13/5194

Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

**Vorsitzender Klaus Strehl** weist darauf hin, dass dieser Antrag aller Fraktionen vom Plenum in seiner Sitzung am 24. März 2004 ohne Debatte an den Ausschuss für Umwelt Schutz und Raumordnung überwiesen worden sei.

Wenn die Ergebnisse der Untersuchungen des Umweltministeriums vorlägen, werde man erneut über das Thema debattieren. Angesichts der allgemeinen Zustimmung zu diesem Antrag empfehle er deshalb, heute auf eine längere Diskussion zu verzichten.

Obwohl er nichts gegen eine Abstimmung einzuwenden habe, regt **Johannes Remmel (GRÜNE)** an, heute nicht abzustimmen - hinsichtlich des Vorgehens, die Versuche auszuwerten, bestehe ja Einverständnis -, sondern den gemeinsamen Antrag zu nutzen, um im Ausschuss beispielsweise mit den Entsorgern, mit den kommunalen Verbänden ein Gespräch zu führen, um sich intensiver mit der Thematik zu beschäftigen und zu verhindern, dass der Antrag unmittelbar nach dem Beschluss wieder im Plenum diskutiert werde. Nach diesem Expertengespräch könne man den Antrag verabschieden.

Nach kurzer Diskussion über das Vorgehen, hält **Vorsitzender Klaus Strehl** fest, dass heute lediglich über den Antrag abgestimmt werde. Nach Vorlage der Ergebnisse - spätestens im Oktober/November 2004 - werde man mit den NRW-Entsorgungsunternehmen darüber beraten.

**Abstimmungsergebnis siehe Beschlussprotokoll.**